G3neu Freiheit wird aus Mut gemacht!

Antragsteller*in:	Constanze Oehlrich
Tagesordnungspunkt:	4. Darum GRÜN

Mecklenburg-Vorpommern ist ein sicheres Land und es soll sicher bleiben. Grundlage dafür sind unsere freie Gesellschaft und ein liberaler Rechtsstaat – beide wollen wir GRÜNE stärken. Unsere freie Gesellschaft und ihre Werte sind heute ganz unterschiedlichen Angriffen ausgesetzt. Diesen Gefahren wollen wir GRÜNE uns entschlossen entgegenstellen – und zwar nicht wie CDU und SPD mit einer reflexhaften Verschärfung der Sicherheitsgesetze, sondern mit rechtsstaatlichen Mitteln und zielgerichteten Maßnahmen.

Die öffentliche Debatte um Sicherheitsfragen wird seit geraumer Zeit vor allem aus dem Blickwinkel einer zunehmenden Terrorgefahr und den als erforderlich erachteten Gegenmaßnahmen geführt. Eine differenzierte Betrachtung der Vorgänge bleibt dabei oft ebenso außen vor wie etwa die Erfahrungen anderer Länder, die trotz noch umfassenderer Sicherheitsgesetze und -verordnungen Ziel terroristischer Anschläge wurden.

So konnten etwa die Anschläge in Frankreich nicht verhindert werden, obwohl dort viel weitergehende Bestimmungen zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft waren als in Deutschland. Gleichwohl wurden in Berlin nach den Anschlägen von Paris sofort Forderungen nach einer Ausweitung der Vorratsdatenspeicherung laut. In solchen Situationen müssen wir GRÜNE für die Wahrung der Bürgerrechte eintreten und uns auch unbequemen Diskussionen mit einer klaren Position stellen.

Helfen wird uns dabei unsere Überzeugung, dass es ist viel wirksamer ist, gezielt mit verhältnismäßigen Mitteln einige hundert Personen zu überwachen, die hierfür auch einen hinreichenden Anlass geboten haben, als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger anlasslos mit der Vorratsdatenspeicherung, flächendeckender Videoüberwachung oder automatisierter Gesichtserkennung zu erfassen. Pauschale Verdächtigungen und anlasslose Datensammlungen sind nur kontraproduktiv.

Sicherheit nicht zu Lasten von Bürgerrechten

Wir GRÜNE sperren uns nicht gegen jede Gesetzesänderung, sind aber nicht bereit, unwirksame Verschärfungen auf Kosten unserer Grundrechte zu akzeptieren – erst einmal müssen die bestehenden Gesetze wirksam angewendet werden. Viele der aktuellen Maßnahmen sorgen für weniger Sicherheit, weniger Freiheit und eine weniger lebenswerte Gesellschaft. Sie gehören nach wissenschaftlichen Kriterien auf den Prüfstand und im Zweifel korrigiert. Stattdessen bedarf es einer wirksamen Anwendung der bestehenden Gesetze und eines effektiven Grundrechtsschutzes. Dabei ist für uns GRÜNE unstrittig, dass die Politik auf terroristische Gefahren reagieren uns und Bürgerinnen und Bürger schützen muss. Aber es ist uns auch bewusst, dass Terroristen und Extremisten das Ziel haben, freiheitlich verfassten Gesellschaften ihre Freiheit zu nehmen. Sie deklarieren es als ihren Erfolg, wenn unsere Freiheit in Reaktion auf ihre Aktivitäten eingegrenzt und reglementiert wird. Der freiheitliche Rechtsstaat darf auch deshalb nicht durch immer mehr Sicherheitsparagraphen ausgebremst werden. Die Privatsphäre des und der Einzelnen muss vor dem anlasslosen, pauschalen und kaum noch kontrollierbarem Zugriff des Staates geschützt werden.

Für einen freiheitlichen Rechtsstaat

Wir GRÜNE treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes Einzelnen achtet. Gerade in einer Zeit, in der immer mehr Freiheit zu Gunsten von vermeintlicher Sicherheit aufgegeben werden soll, braucht es starke GRÜNE, die engagiert für den Schutz und die Bewahrung des freiheitlichen Rechtsstaates eintreten.

Nur demokratisch kontrollierte Institutionen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, genießen das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Nur ein freiheitlicher und damit starker Rechtsstaat garantiert den nötigen Schutz wie auch Freiraum für die Selbstbestimmung und die vielfältigen Lebensweisen jeder und jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft. Eine maßlose Politik immer weitreichenderer Grundrechtseingriffe schwächt hingegen unsere Freiheit und sorgt nicht für mehr Sicherheit. Stattdessen braucht es eine Politik der inneren Sicherheit, die auf wirksame Prävention und effektive Strafverfolgung setzt, um die Menschen vor Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung zu schützen.

Terrorismus und Kriminalität wollen wir bekämpfen, ohne Freiheitsrechte zu schleifen. Dazu passt nicht, dass der Staat immer mehr persönliche Informationen und Daten seiner Bürgerinnen und Bürger sammelt und immer länger speichert und darauf zurückgreift. Und dazu passt auch nicht, dass der Staat zur angeblichen Wahrung der Sicherheit alles und alle möglichst umfassend überwacht. Wir wollen einen starken Staat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern offen und ohne Misstrauen gegenübertritt, der Menschen- und Bürgerrechte garantiert und nicht als Gefährdung der inneren Sicherheit betrachtet.

Für mehr Sicherheit stärken wir Polizei und Justiz

Mit dem verzerrten Drohbild eines gegen Terror und Kriminalität hilflosen Staates versuchen CDU und SPD, von den eigentlichen Fehlentwicklungen in der Sicherheitspolitik abzulenken. Anstatt Fehler zu beheben, werden Gesetzesverschärfungen im Hauruckverfahren forciert, ohne die Folgen abzuschätzen.

Dabei verfügten wir bereits vor den Gesetzesverschärfungen über einen rechtlichen Rahmen, der es ermöglichte, auf Änderungen der Bedrohungslage angemessen und effektiv zu reagieren. Nicht unzureichende gesetzliche Bestimmungen, sondern Fehler im Vorgehen der Behörden und eine nicht ausreichende Ausstattung der Polizei waren Grund für prekäre Sicherheitslagen oder die falsche Ausrichtung von Ermittlungen. Vermeintlich populär daherkommende Forderungen nach Änderung der Sicherheits- und Ordnungsgesetze gehen damit am Ziel vorbei.

Eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz etwa mit zeitgemäßer Technik, mehr Personal an den richtigen Stellen und eine gute Aus- und Weiterbildung sind viel eher dazu geeignet, für Bürgerinnen und Bürger die Sicherheit zu gewährleisten, die sie zu Recht erwarten. Um sich auf diese eigentlichen Herausforderungen konzentrieren zu können, wollen wir Justiz und Polizei von sachfremden Verwaltungsaufgaben und der Verfolgung von Bagatelldelikten entlasten.

Dem Rechtsextremismus keine Chance

Die Diskussion um die wachsende Terrorismusgefahr, die angebliche Islamisierung unserer Gesellschaft und die pauschalen Generalverdächtigungen gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund lenkt von der größten Gefahr für unsere freiheitlich, demokratische Grundordnung ab. Bundesweit, aber vor allem auch in Mecklenburg-Vorpommern geht vom Rechtsextremismus die größte Gefahr aus. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus dürfen in unserer Gesellschaft keine Chance haben. Wir wollen langfristige Handlungskonzepte entwickeln, die rechtsextremistische Propaganda entlarven und ihr demokratische Werte- und Handlungsmuster entgegenhalten. Dazu bedarf es einer umfassenden Aufklärung und der Unterstützung aller gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie engagieren.

Wir GRÜNE in Mecklenburg-Vorpommern

- treten offensiv für einen freiheitlichen Rechtsstaat ein, der Menschen- und Bürgerrechte schützt und die Privatsphäre jeder und jedes Einzelnen achtet

- fordern eine bessere Ausstattung von Polizei und Justiz - wenden uns gegen einen unbefristeten polizeilichen Präventivgewahrsam

- setzen uns für die Schaffung unabhängiger Polizeibeauftragter als Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Polizistinnen und Polizisten ein

- fordern eine individuelle Kennzeichnung von Polizeikräften, insbesondere bei Großeinsätzen

- lehnen die Vorratsdatenspeicherung als anlasslose Datensammlung und Pauschalverdächtigung ab - schützen den öffentlichen Raum als ein Ort, in dem wir alle uns unbefangen und ohne Angst bewegen können - wenden uns gegen die Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze

- fordern die Gewährleistung des Grundrechts auf Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme

- lehnen Online-Durchsuchung und Quellen-Telekommunikationsüberwachung als Eingriffe in den absolut geschützten Kernbereich privater Lebensgestaltung ab

- setzen uns für eine deutliche finanzielle und personelle Stärkung der unabhängigen Aufsichtsbehörde des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ein

- fordern langfristige Handlungskonzepte zur Unterstützung und einer Absicherung der Finanzierung der gesellschaftlichen Akteure, die sich gegen rechtsextremistische Tendenzen in unserer Gesellschaft und für unsere Demokratie engagieren.

Begründung

Erfolgt mündlich

Unterstützer*innen

Jürgen Suhr; Claudia Müller; Richard Kinder; Dirk Niehaus; Philipp Schwitalla; Tobias Wilmes; Stephan Eßer